Ladina Heimgartner, Direktorin des rätoromanischen Senders RTR, im Fernsehstudio in Chur. KARIN HOFER / NZZ

RENDEZ-VOUS

Rumantsch ins Land hinaustragen

Ladina Heimgartner leitet die rätoromanische Sendeanstalt RTR

Die Profilierung der vierten Landessprache im Internet: Das ist die grosse Baustelle der Direktorin des Radios und Fernsehens der rätoromanischen Schweiz. Zudem muss Ladina Heimgartner die Gefahr personeller Engpässe bannen.

Peter Jankovsky, Chur

«Tgi che sa Rumantsch, sa dapli»: Wer Rätoromanisch kann, weiss mehr. Dieser Slogan von Radiotelevisiun Svizra Rumantscha (RTR) wurde vor Jahren offiziell abgeschafft, doch in den Köpfen des Publikums bleibt er lebendig. Seit Ladina Heimgartner letzten August von Mariano Tschuor die Leitung der Sendeanstalt übernommen hat, wird sie immer wieder mit dem Wunsch konfrontiert, sie möge den Slogan wieder einführen. Die neue Direktorin empfindet ihn als «coolen» Identifikations-Faktor; dennoch soll der Slogan nicht nicht mehr Eingang ins RTR-Marketing finden.

«Wir wollen ein neutrales Medienhaus rätoromanischer Sprache sein, aber der Slogan darf im Gedächtnis der Leute ruhig weiterleben.» Aus Heimgartners Sicht ist Sprachförderung eine natürliche Folge der Medienarbeit von RTR, aber nicht primäres Ziel. Denn in den rätoromanischen Bündner Gebieten wenden auch die Jugendlichen Rumantsch im Alltag an – der beste Indikator für den Stellenwert und die Lebendigkeit der vierten Landessprache, die diesen Status seit 1938 innehat.

Fünf Idiome, fünf Welten

Es geht Heimgartner eher darum, besagten Stellenwert zu erhalten. Damit gepaart ist auch die Rolle der Vermittlung zwischen den fünf rätoromanischen Regionen, die räumlich getrennt sind und je ein eigenes Idiom aufweisen. Mithilfe einer vertieften Berichterstattung aus allen fünf Gebieten kann RTR das gegenseitige Verständnis und den Zusammenhalt innerhalb der «Rumantschia» fördern. Und gerade weil die einzelnen Regionen wegen der Romanisch-Lehrmittel und der Schriftsprache Rumantsch Grischun in endlosem Streit miteinander liegen, ist es Heimgartner ein grosses Anliegen, die Berichterstattung neutral zu gestalten. Zudem hält die RTR-Direktorin fest, dass diesem Zwist nicht nur die Sorge um das örtliche Idiom, sondern auch unterschiedliche pädagogische Ansätze zugrunde liegen, die ihrerseits regional stark verankert seien. – Während Ladina Heimgartner spricht, lässt sie ihren Blick immer wieder zum Gebäude des Kantonsparlaments hinüberschweifen – es liegt vis-à-vis von ihrem Churer Büro. Die Direktorin vermittelt souveräne Gelassenheit, und auch eine gesunde Prise Autorität ist zu spüren. Eine solch ausgewogene Mischung erwartet man nicht unbedingt von einer 34-Jährigen, die erst seit kurzem eine hohe Position bekleidet. An Heimgartners Curriculum fällt auf, dass schon früh ihr Talent gereift war, Projekte aufzugleisen und Prozesse zu strukturieren.

Ausbaupotenzial Online

Die Germanistin und Romanistin – mit Schwerpunkt Rätoromanisch – wuchs im Unterengadiner Ort Scuol auf und spricht das Idiom Vallader. Nach Anfängen beim «Bündner Tagblatt» wechselte sie zum Radio von RTR und übernahm bald darauf die Leitung der Abteilung «Reflexiun», die sich um vertiefende Beiträge und das Kinderprogramm kümmerte. Schliesslich wurde Heimgartner stellvertretende Chefredaktorin, bevor sie 2011 in der Zentraldirektion der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) die Leitung des Stabes «Märkte und Qualität» übernahm.

Einer der Gründe, warum der RTR-Regionalrat Ladina Heimgartner zur Direktorin ernannte, liegt in der Notwendigkeit der Digitalisierung. Jüngere Leute bewegen sich wendiger und innovativer in der Welt der multimedialen Vernetzung. Als die grosse Baustelle für die Direktorin der Radiotelevisiun Svizra Rumantscha erweist sich nämlich die Profilierung im Internet; damit verbunden ist auch das Ziel, die Gunst eines jüngeren Publikums zu erobern.

Im Online-Bereich scheint das Ausbaupotenzial offensichtlich: Hier lassen sich unbegrenzt rätoromanische News-Videos und Live-Sendungen ausstrahlen. Im Gegensatz zum Vollbetrieb des seit 1925 bestehenden rätoromanischen Radios (heute im Schnitt 10 000 Hörer täglich) verfügt das RTR-Fernsehen (30 000 Zuschauer pro Tag), das vorletztes Jahr seinen 50. Geburtstag feierte, bloss über einige «Fenster» beim Deutschschweizer Fernsehen sowie den zwei lateinischen Schwester-Anstalten. Via Internet lassen sich die rätoromanischen Randregionen auf simple Weise erschliessen. Denn die dortige Bevölkerung nutzt das Internet gleich gern wie jene in den Agglomerationen. – Die zweite Herausforderung mag erstaunen: Für RTR ist es nicht einfach, Personal zu finden. Im 170-köpfigen Betrieb mit einem Jahresbudget von 25 Millionen Franken wird selbstredend nur Rätoromanisch gesprochen. Oder besser gesagt, eines der fünf Idiome, die zum Teil so unterschiedlich klingen, dass der Wille zum gegenseitigen Verstehen bewusst gepflegt werden muss. Wer bei RTR arbeiten möchte, sollte eines der Idiome fliessend beherrschen – aber Muttersprachler, die im Journalismus tätig sein wollen, gibt es weniger, als man denkt. Heimgartner ist also gehalten, aufwendige Anfänger-Ausbildung zu betreiben, um die Gefahr personeller Notstände zu bannen.

Ungewöhnlich erscheint auch die Existenz einer linguistischen Anlaufstelle. Eine Spezialistin coacht die Journalisten in Zurückhaltung, was deutsche und englische Fremdwörter anbelangt. Es soll eine gewisse Reinheit des jeweiligen Idioms gepflegt werden, das die Mitarbeiter am Mikrofon und vor der Kamera sprechen. Am stärksten vertreten ist das surselvische Idiom, das 58 Prozent der RTR-Journalisten sprechen. Überdies fungiere die Linguistin – sowie die Ausbildungsverantwortliche – auch als «Schulter zum Anlehnen», wie Heimgartner verrät. Hierbei ist die Fähigkeit des Zuhörens gefragt, und just diese erklärt Ladina Heimgartner zu ihrer Maxime. Die junge Direktorin, die ausser Zeitungslesen, Skifahren und alleine Golf spielen kaum Zeit für andere Tätigkeiten findet, investiert viel ins Zuhören: «Es bietet die Chance, neue Perspektiven einzunehmen, und hält meinen Geist geschmeidig.»

100 000 verstehen es

Der RTR-Regionalrat indes horchte auf, als Ladina Heimgartner während der Bewerbungsrunden ihre Visionen darlegte. In Heimgartners Augen soll auch die Diaspora der Rätoromanen gebührende Berücksichtigung finden. Dies betrifft die Bündner Binnenmigration sowie die nicht unerhebliche Menge an rätoromanischen Exilanten in Zürich und Basel. Insgesamt gibt es, je nach Strenge der unterschiedlichen Beurteilungsraster, 40 000 bis 60 000 Personen in der Schweiz, die Rätoromanisch als ihre Hauptsprache bezeichnen. Zudem verstehen mehr als 100 000 Rumantsch. RTR sendet täglich im Deutschschweizer Fernsehen etwa zehn Minuten lang, und für Ladina Heimgartner ist somit klar: «Wir tragen jeden Tag das Rumantsch in die Schweiz hinaus.» Diese Strahlkraft gilt es zu pflegen und zu stärken.

HERAUSGEGRIFFEN

SVP-Nationalrat fordert Wiederwahl von Widmer-Schlumpf

Christof Forster · Die Diskussionen über die Zusammensetzung des Bundesrats nach den Wahlen gewinnen an Fahrt. Bis vor kurzem noch galt es – bei allen Unwägbarkeiten – als wahrscheinliche Variante, dass die Regierung im Dezember bestätigt wird und in gleicher Besetzung in die neue Legislatur startet. Mit den jüngsten Wahlverlusten der BDP im Kanton Basel-Landschaft sind jedoch Zweifel aufgekommen, ob die Kleinpartei nochmals genügend Support aufbringen kann, um im Verbund mit SP und CVP den Sitz ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu halten. Liegt der Wähleranteil bei den Nationalratswahlen deutlich unter dem Resultat von 2011, wäre ein Sitz in der Regierung noch viel schwieriger zu legitimieren.

Derlei Überlegungen spielen keine Rolle im Vorschlag des SVP-Nationalrats Peter Keller. Seine diese Woche in der «Weltwoche» publizierten Ideen sind brisant. Der Journalist und frühere Redenschreiber von Christoph Blocher will der SP einen Sitz im Bundesrat wegnehmen und legt seiner Partei nahe, die verstossene Widmer-Schlumpf zu wählen. Die neue Formel für den Bundesrat wäre dann 2 FDP, 2 CVP (BDP), 2 SVP und nur noch einen Sitz für die SP.

Ausgangspunkt von Kellers Analyse ist die Einschätzung, dass die Mitte-Links-Politik des Bundesrats nicht zum grundsätzlich Mitte-Rechts ausgerichteten Land passt. Als Illustration dieser Politik dienen die Energiestrategie 2050 und die Expansion der Staatsausgaben. Keller sieht die bürgerlichen Parteien als Spielball der Linken, wie er auf Anfrage sagt. Die «Wohlfühljahre» seien nun zu Ende. Es sei eine Justierung der Politik notwendig, speziell für die Wirtschaft nach dem Nationalbank-Entscheid.

Für die Umsetzung dieser Ziele auf der politisch-taktischen Ebene fokussiert Keller nicht wie gemeinhin üblich auf die BDP, sondern rückt die CVP ins Zentrum. Deren Raison d'être sieht er vor allem als Scharnier in der Mitte, sie schaffe einmal nach links und einmal nach rechts Mehrheiten. Heute habe die CVP jedoch aufgrund der Wahlallianz für Widmer-Schlumpf Schlagseite nach links. Für eine machtgeübte Partei wie die CVP gebe es keinen nachvollziehbaren Grund, Widmer-Schlumpf zugunsten der SVP zu opfern, schreibt Keller. Und nun kommt sein Schachzug: Die SVP erhält auf Kosten der SP einen zweiten Sitz. Die Baselbieter Wahlen hätten gezeigt, dass dieses Modell bei der Bevölkerung auf Anklang stosse. Widmer-Schlumpf dürfte in diesem Szenario laut Keller wieder nach rechts rücken, und die CVP (mit BDP) zusammen mit der FDP hätte unabhängig von der SVP die Mehrheit im Bundesrat. Der Aufstand der Linken und ein paar Trillerpfeifen auf dem Bundesplatz seien auszuhalten. Es gibt laut Keller keinen Grund, falsche Rücksicht zu nehmen auf die SP, die in den Städten Mehrheiten nehme, wo sie nur könne, und die Konkordanz mehrmals übergangen habe.

Mit nur noch einem Sitz in der Regierung wäre die Linke – gemessen am Wähleranteil von 27 Prozent – klar untervertreten. Offen bleibt, ob eine derart brüskierte SP sich nicht ganz aus dem Bundesrat zurückziehen wird. Die Sozialdemokraten wären dann zwar von Schalthebeln der Macht ausgeschlossen, könnten aber mit Referenden und Initiativen ein grosses Blockade-Potenzial aufbauen. Im Kanton Genf hat das Stimmvolk in den neunziger Jahren das Experiment einer rein bürgerlichen Regierung nach einer Legislatur abgebrochen.

Kellers Vorschlag ist ein Versuchsballon, der darauf ausgerichtet ist, Reaktionen zu testen. Es ist anzunehmen, dass er die Ideen intern abgesprochen hat. Er selber will sich dazu nicht äussern.

Alle Wege frei fürs Glück zu zweit

Rechtskommission für Homosexuellen-Ehe und «Ehe light»

Lesben und Schwule sollen heiraten können. Das verlangt die Rechtskommission des Nationalrats. Gleichzeitig soll eine Art «Ehe light» eingeführt werden, dies nach dem Vorbild des französischen Pacs.

fon. Bern · Um die Zukunft der Ehe scheint man sich keine Sorgen machen zu müssen. Zumindest in der Politik ist das Institut derzeit sehr im Schwange, und an Ideen, wie man es weiterentwickeln und zusätzlichen interessierten Kreisen öffnen könnte, fehlt es nicht. Diese Woche nun hat sich die nationalrätliche Rechtskommission des Themas angenommen und am Freitag bekanntgegeben, in welche Richtung das Eherecht ihrer Meinung nach gehen soll.

Adoption kein Thema

Mit 12 zu 9 Stimmen hiess die Kommission eine parlamentarische Initiative der Grünliberalen gut, die eine «Ehe für alle» verlangt. Konkret geht es darum, dass das Institut der Ehe neu auch homosexuellen Paaren zugänglich gemacht werden soll, dies über eine Verfassungsänderung. Das Ja der Rechtskommission ist zwar bemerkenswert, aber nicht unbedingt überraschend. Denn die öffentlichen Diskussionen der letzten Zeit zeigen deutlich, dass sich eine unterschiedliche Behandlung von heterosexuellen und homosexuellen Paaren bei der Ehe immer weniger aufrechterhalten lässt. Auch in den eidgenössischen Räten dürfte die Forderung, Schwulen und Lesben die Heirat zu ermöglichen, gute Chancen haben. Dies umso mehr, als der Vorstoss nichts mit Kinderbelangen zu tun hat. So weisen die Grünliberalen in der Begründung ausdrücklich darauf hin, dass es nicht darum gehe, homosexuellen Paaren die Adoption zu ermöglichen.

Nun könnte man denken, dass mit der «Ehe für alle» die eingetragene Partnerschaft, die Homosexuellen heute statt der Ehe offensteht, hinfällig würde. Dem soll laut der parlamentarischen Initiative aber nicht so sein. Die eingetragene Partnerschaft würde vielmehr zu einem eigenständigen Institut, das neu auch heterosexuellen Paaren zugänglich wäre.

Den Grünliberalen schwebt dabei eine Form von Regelung vor, wie sie Frankreich mit dem Pacs (pacte civil de solidarité) eingeführt hat. Dieser steht allen unverheirateten Paaren, ob hetero- oder homosexuell, offen und ist sehr beliebt. Ob auch in der Schweiz ein Bedürfnis nach einer solchen «Ehe light» besteht, wie sie ausgestaltet werden könnte und mit welchen Rechtswirkungen (bei Sozialversicherungen, Steuern, Güterrecht usw.) sie verbunden wäre, darüber muss allerdings erst noch diskutiert werden. Der Vorstoss geht nun an die ständerätliche Schwesterkommission.

Konkubinat nicht regeln

Nichts wissen wollte die Kommission von einem zweiten grünliberalen Vorstoss, der auf eine Verrechtlichung des Konkubinats und auf dessen teilweise Gleichstellung mit der Ehe hinzielt; über das Thema wird derzeit auch im Justizdepartement diskutiert. Die Kommission ist der Auffassung, dass das Eingehen einer Ehe auf einem Akt des Willens beruht. Der Wille für gewisse rechtliche Folgen sei beim Konkubinat hingegen schwer nachzuweisen oder in gewissen Fällen gerade nicht gegeben.